RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/2241
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

12. Juli 2022

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
2205-0004#2021/ 0075-0301 343 Bitte immer angeben!		Dr. Michael Mensing michael.mensing@mdi.rlp.de	06131 16-3813 06131 16-17-3813

Sitzung des Innenausschusses am 29. Juni 2022
TOP 7a: Hasskriminalität in Rheinland-Pfalz effektiv bekämpfen
TOP 7b: Einsatzmaßnahmen gegen Verfasser von Hassbotschaften im Netz
Anträge der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT und der Landesregierung nach § 76 Abs. 4 GOLT
- Vorlagen 18/2075 und 18/2111 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 29. Juni 2022 wurde die Übersendung des Sprechvermerks zu den gemeinsam beratenen Tagesordnungspunkten 7a „Hasskriminalität in Rheinland-Pfalz effektiv bekämpfen" und 7b „Einsatzmaßnahmen gegen Verfasser von Hassbotschaften im Netz" zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Nicole Steingaß
Staatssekretärin

Anlage

Sitzung des Innenausschusses am 29. Juni 2022
TOP 7a: Hasskriminalität in Rheinland-Pfalz effektiv bekämpfen
TOP 7b: Einsatzmaßnahmen gegen Verfasser von Hassbotschaften im Netz
Anträge der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT und der Landesregierung nach § 76 Abs. 4 GOLT
- Vorlagen 18/2075 und 18/2111 -

In den frühen Morgenstunden des 31. Januar 2022 hat ein Tatverdächtiger in einer ebenso sinnlosen wie brutalen Tat die Polizeikommissaranwärterin Yasmin B. und den Polizeikommissar Alexander K. getötet. Die inzwischen öffentlich durch die Staatsanwaltschaft bekannt gegebenen Details des mutmaßlichen Tathergangs wirken in jeder Einzelheit noch verstörender auf uns als es der Gesamtvorgang ohnehin ist. Jetzt hat der Prozess in Kaiserslautern begonnen und wir blicken gespannt darauf, zu welchen Feststellungen und Entscheidungen das Landgericht kommen wird.

Dieser unfassbaren Gewalttat folgte eine Welle der Anteilnahme, die weit über die Grenzen unseres Landes hinausging. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in ganz Deutschland bekundeten ihre Solidarität mit der Polizei Rheinland-Pfalz. Viele Menschen äußerten auf ganz unterschiedlichen Wegen ihr Mitgefühl. Vieles davon ist mit beeindruckenden Bildern unter dem Hashtag #ZweiVonUns in den sozialen Netzwerken dokumentiert. Es sind Bilder, die durch die Intensität der zum Ausdruck gebrachten und offen gezeigten Anteilnahme noch immer tief bewegen und dankbar machen. Es sind weit mehr als bloße Gesten. Vielmehr zeigen diese Reaktionen einen enormen Solidarisierungseffekt der Bevölkerung mit ihrer Polizei.

Daneben haben wir aber auch - bereits mit dem Tattag beginnend - erste Hinweise auf Veröffentlichungen in Sozialen Medien erhalten, in denen sich der Hass auf Polizistinnen und Polizisten und regelrechte Menschenverachtung Bahn brachen. In widerwärtigen Kommentierungen hat ein kleiner Teil an Urhebern im Netz das feige Verbrechen regelrecht gefeiert, die Opfer und gar ihre Angehörigen sowie andere Polizistinnen und Polizisten verächtlich gemacht.

Aufgrund der großen Zahl an Hasspostings mit Bezug zur Tötung der jungen Polizistin und des jungen Polizisten hat das Innenministerium bereits am 1. Februar 2022 im Landeskriminalamt die Ermittlungsgruppe „Hate Speech“ eingerichtet. In den seitdem

vergangenen fast fünf Monaten haben 14 Expertinnen und Experten unter der Sachleitung der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz konsequent in bekannt gewordenen Fällen ermittelt sowie aktiv nach Hasskommentierungen und dergleichen in Sozialen Medien gesucht. Unterstützt wurden die Ermittlerinnen und Ermittler bei dieser emotional oft sehr belastenden Arbeit von der Taskforce „Gewaltaufrufe rechts" des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz. Auch das Bundeskriminalamt hat insbesondere im Bereich der Identifizierung der Urheber und der Kommunikation mit den Telemediendiensteanbietern einen wichtigen personellen und fachlichen Beitrag zu den Ermittlungen der Ermittlungsgruppe „Hate Speech" geleistet.

Insgesamt sind seit der grausamen Tat im Januar weit über 1.700 Meldungen und Beiträge bearbeitet worden. 150 Personen wird auf Basis der Ermittlungen der Ermittlungsgruppe „Hate Speech" vorgeworfen, für 172 strafrechtlich relevante Kommentare und 18 Likes verantwortlich zu sein. Auf der Grundlage dieser rheinland-pfälzischen Ermittlungsergebnisse fand am 20. Juni 2022 erstmals ein mit allen Bundesländern abgestimmter gemeinsamer Aktionstag gegen Hass im Netz statt. In 15 Bundesländern wurden an diesem Tag strafprozessuale Maßnahmen durchgeführt. Bundesweit richteten sich diese, mehrheitlich in Form von Durchsuchungen, gegen insgesamt 75 Personen. In Rheinland-Pfalz waren elf Tatverdächtige in den Zuständigkeitsbereichen aller fünf Polizeipräsidien betroffen.

Es konnten umfangreiche Beweismittel im Zusammenhang mit den Anlasstaten, unter anderem Smartphones, Notebooks und andere Speichermedien aufgefunden und sichergestellt werden. Die Fälle im übrigen Bundesgebiet stehen unter dem Auskunftsvorhalt der jeweils zuständigen Ermittlungsbehörden.

Hass und Hetze im Netz sind aber nicht erst seit der Tötung eines Tankstellenmitarbeiters in Idar-Oberstein und der schrecklichen Tat in Ulmet in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit und der Strafverfolgungsbehörden gelangt. Diese beiden Verbrechen verdeutlichten allerdings die Notwendigkeit einer auch veränderten Reaktion der Strafverfolgungsbehörden auf diesen Phänomenkomplex. Daher hat die Polizei Rheinland-Pfalz in den vergangenen Monaten die Initiative „contrahassRLP" entwickelt. Das übergeordnete Ziel von „contrahassRLP" ist es, die Polizei als kompetente Ansprechstelle in Fällen digitaler Gewalt zu etablieren. Hierzu sollen bereits bestehende Maßnahmen gebündelt und verknüpft, zugleich aber auch innovative neue

Ansätze entwickelt werden. Die Initiative „contrahassRLP" ist interdisziplinär ausgerichtet und getragen von dem Gedanken, dass die Polizei Hass und Hetze im Netz nicht allein bekämpft. Vielmehr braucht es ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft. Zudem müssen Wege gefunden werden, die Betreiber großer Sozialer Netzwerke auf ihre Pflichten, vor allem aber auch ihre große Verantwortung, hinzuweisen und aktiv in die nachhaltige Bekämpfung von digitalem Hass einzubinden.

Das Label „contrahassRLP" soll die Klammer mit Wiedererkennungswert um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bilden, die sukzessive und anlassbezogen zum Tragen kommen. Mit dem Hashtag #contrahassRLP sollen entsprechende Aktivitäten auch in den Sozialen Medien begleitet werden.

Ein Baustein der Initiative ist die Homepage „www.contrahass.rlp.de". Hier finden Betroffene von Hass und Hetze im Netz ein breit gefächertes polizeiliches Informationsangebot. Neben der Aufklärung über wesentliche Ausprägungen des Phänomens werden dort auch zivilgesellschaftliche Beratungs- und Anlaufstellen benannt und nicht zuletzt durch einen Direkt-Link auf die Onlinewache der Polizei Rheinland-Pfalz die Anzeigenerstattung im Ernstfall so einfach wie möglich gestaltet. In der Onlinewache können Betroffene von Hass und Hetze seit dem 11. März 2022 über die neue Kachel „Hass im Netz" Hasskommentierungen schnell und unkompliziert anzeigen.